

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

2Dienstag (Vormittag), 17. März 2015

Polizei- und Militärdirektion**16 2014.RRGR.961 Motion 189-2014 Müller (Bern, FDP)
Die zentrale Staatsaufgabe «Sicherheit» muss wieder ernst genommen werden**

Vorstoss-Nr.: 189-2014
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 12.09.2014

Eingereicht von: Müller (Bern, FDP) (Sprecher/in)

 Siegenthaler (Rüti b.Büren, BDP) Brand (Münchenbuchsee,
 SVP)

Weitere Unterschriften: 26

RRB-Nr.: 44/2015 vom 21. Januar 2015
Direktion: Polizei- und Militärdirektion

Die zentrale Staatsaufgabe «Sicherheit» muss wieder ernst genommen werden

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der BV reicht der Kanton Bern folgende Standesinitiative ein:
Änderung der BV, 6. Titel, 2. Kapitel, Art. 196, Ziff. xy (nächstfolgende), Übergangsbestimmung zu Art. 58 BV: «Die Militärausgaben des Bundes betragen für die Dauer von 10 Jahren nach Annahme dieser Bestimmung mindestens 1,2 % des BIP. Der jährliche Betrag bestimmt sich gestützt auf das BIP des Vor- resp. Vorvorjahres.»

Begründung:

Die Schweiz ist ein sehr wohlhabendes Land. Das BIP pro Kopf hat weltweit einen Spitzenwert, die kaufkraftbereinigten Einkommen sind deutlich über den meisten Ländern der Welt, auch Europas; und die Einkommen sind weniger ungleich verteilt als im europäischen Durchschnitt (vgl. Wohlstandsbericht). Trotzdem sind die Verteidigungsausgaben in der Schweiz deutlich tiefer als in vergleichbaren Ländern Europas, und dies nun seit über 20 Jahren. Seit zwei Jahrzehnten wurden somit Milliarden bei der Armee weggenommen und in andere (Wohlstandskonsum-) Bereiche gepumpt. Die vergleichbaren europäischen Länder, links wie rechts regierte, haben demgegenüber ein deutlich höheres Mass an Verteidigungsanstrengungen auf sich genommen. Seit einem Jahrzehnt gibt die Schweiz sogar unter 1 Prozent des BIP für die Verteidigung aus; die Armee wurde massiv redimensioniert, sie ist nicht mehr richtig einsatzfähig. Es sind nun auch in unserem Land Anstrengungen zu unternehmen, die die Armee auf einen ernst zu nehmenden Stand bringen.

Die Verteidigungsausgaben im Vergleich (Zahlen 2012/13, Quelle: Int. Friedensforschungsinstitut sipri), in % des BIP (GDP) sprechen eine klare Sprache:

Schweiz	0,7
Dänemark	1,4
Norwegen	1,4
Schweden	1,2
Finnland	1,2
Holland	1,4
Portugal	1,9
Belgien	1,1
Tschechien	1,1
Kroatien	1,6

Slowenien 1,2

Montenegro 1,6

(Grössere europäische Länder geben sogar deutlich mehr aus: Frankreich 2,3 %, UK 2,3 %). Vielerorts steigen die Verteidigungsbudgets. Die Schweiz lebt nicht in einer anderen Welt.

Die internationale sicherheitspolitische Lage hat sich gewandelt: Krieg in Europa ist nicht nur möglich – militärische Annektierungen geschehen auch tatsächlich wieder; das Kriegsvölkerrecht wird in Europa mit Füßen getreten. Unweit davon macht sich eine islamistische Terrororganisation breit. Damit einher geht ein Stimmungswandel: Die Kirche, die deutsche Regierung (mit zwei Frauen in Front), gar Linke bei uns befürworten neuerdings Waffenlieferungen und somit auch deren Einsatz. Diese Ereignisse zeigen, dass sich die Friedenshoffnungen aus der Zeit des Mauerfalls als Illusion erweisen.

Die einzige Sicherheitsreserve der bündnisfreien Schweiz, die einzige Organisation, die in einer besonderen Lage (inkl. Umweltereignis) eine gewisse Durchhaltefähigkeit ermöglicht, ist die Armee. Sie ist in unserem wohlhabenden Land endlich wieder zumindest so zu alimentieren, wie es andere vergleichbare Länder tun.

Antwort des Regierungsrats

Wie aus dem Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 23. Juni 2010 hervorgeht, lag der Zweck der Schweizer Armee ursprünglich alleine darin, potenzielle Gegner von einem Angriff auf die Schweiz abzuhalten und einen solchen Angriff – sollte er dennoch stattfinden – abzuwehren. Mit dem Wandel und der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs haben sich in den vergangenen Jahren auch die Aufgaben und Aufträge der Armee verändert.

Zwar bleibt die Verteidigung eine Kernaufgabe der Armee. Doch fokussieren die Aufträge nicht mehr primär auf die Abwehr eines bewaffneten Angriffs eines anderen Staates, sondern stellen vermehrt nicht konventionelle Bedrohungsformen wie etwa Cyber Terrorismus ins Zentrum. Eine unverändert grosse Bedeutung wird auch in Zukunft dem subsidiären Einsatz der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden zukommen. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit des Luftraumes, die Unterstützung der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes nach Grossereignissen und Katastrophen sowie in Notlagen oder die Sicherung kritischer Infrastrukturen durch die Armee wird auch in Zukunft unverzichtbar sein. Nicht zuletzt spielt dabei die Tatsache eine Rolle, dass bewaffnete Gewalt immer mehr auch von nichtstaatlichen Akteuren angewandt wird.

In der Vergangenheit konnte der Kanton Bern immer wieder von der Unterstützung der Armee profitieren, etwa bei der Botschaftsbewachung im Rahmen von Amba Centro oder bei der Bewältigung von Unwetterereignissen, zuletzt 2012 im Kandertal und 2014 im Emmental.

Die Armee ist die einzige sicherheitspolitische Reserve des Bundes, die zum Einsatz gelangen kann, wenn die übrigen Mittel von Bund und Kantonen (insbesondere Polizei, Feuerwehr, Sanität und Zivilschutz) ausgeschöpft sind. Es ist daher im Interesse des Kantons Bern, dass die Schweiz über eine vielseitig einsetzbare, schlagkräftige und gut ausgerüstete Armee in angemessener Grösse verfügt, die sich rasch und flexibel auf eine neue Bedrohungslage ausrichten kann. Gerade die jüngsten internationalen Entwicklungen im sicherheitspolitischen Bereich (Ukraine-Konflikt, Terrororganisation IS) zeigen, dass auf die sicherheitspolitische Reserve Armee nicht verzichtet werden kann.

Damit die Armee ihre Aufgaben zugunsten der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung wahrnehmen kann, ist sie auf ausreichende Mittel angewiesen. Welcher Betrag dazu jährlich nötig ist, kann jedoch zuverlässig nur durch den Bund und nicht aufgrund einer starren Quote gesagt werden. Deshalb – und weil Standesinitiativen nach Auffassung des Regierungsrats nur eingereicht werden sollten, wenn sie im Kern kantonale Angelegenheiten betreffen – empfiehlt er die Motion zur Ablehnung.

Der Regierungsrat beantragt:

Ablehnung

Präsidentin. Nous passons à l'affaire 16, motion de M. Müller, PLR, La sécurité est une tâche publique qui doit être prise au sérieux. Le Conseil-exécutif rejette cette motion. Monsieur c'est à vous, mais vous ne vous êtes pas annoncé.

Philippe Müller, Bern (FDP). Wir kommen zu einem nationalen Thema, welches wir in Form einer

Standesinitiative einbringen. Alle, die jetzt die Nase rümpfen, weise ich darauf hin, dass seit 2010 weit über 30 Standesinitiativen von ganz verschiedenen Parteien eingereicht wurden. Worum geht es? Im Jahr 2000 wurde eine Initiative von armeefeindlichen Kreisen, welche die Ausgaben für die Armee halbieren wollte, vom Volk klar abgelehnt. Seither wurden die Militärausgaben dem Volkswillen zum Trotz massiv reduziert. Die wohlhabende Schweiz ist offenbar nicht bereit, genügend in die Sicherheit zu investieren. Die Armee ist seit Jahren massiv unterfinanziert. Dies ist keine Behauptung von mir, sie stammt vielmehr vom «unverdächtigen» Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitut (SIPRI). Die Zahlen dieses Instituts zeigen, dass die Schweiz einen deutlich geringeren Anteil am BIP für die Verteidigung ausgibt als andere Länder, die von der Grösse her vergleichbar sind. Die Schweiz gibt knapp 0,8 Prozent des BIP für die Sicherheit aus, während Länder wie Dänemark, Holland, Norwegen, Portugal, Schweden oder Finnland deutlich mehr, nämlich zwischen 1,2 und rund 2 Prozent ausgeben. Der Durchschnitt liegt in Europa bei 1,6. Wir geben somit nur halb so viel aus wie der Durchschnitt. Diese Zahlen werden jährlich publiziert und sind eindrücklich. Sie zeigen, dass die wohlhabende Schweiz nicht bereit ist, genügend in die Sicherheit zu investieren. Das hat Folgen: Die Luftwaffe kann nur noch zu Bürozeiten intervenieren. Sie haben die Folgen dieser Situation vor gut einem Jahr erlebt. Das betreffende Ereignis wurde auch von der internationalen Presse aufgenommen. Fast ein Drittel der militärischen Verbände existiert nur auf dem Papier. Ich weiss nicht, ob Ihnen diese Tatsache bekannt ist. Es fehlt an Personal und an Material. Von den verbliebenen gut zwei Dritteln haben 30–50 Prozent kein Material. Dies ist umso gravierender, als unsere Armee die einzige Sicherheitsreserve unseres bündnisfreien Landes ist. Das schreibt auch die Regierung in ihrer Antwort. Wir haben niemanden, der bei einem grösseren Ereignis unsere Verteilzentren, Schulen, Bahnhöfe, Staumauern, Tunnels und sogar unsere Zeitungsredaktionen schützt. Frankreich hat kurzfristig 10 000 Soldaten aufgeboden, um die Schulen, Verkehrsknotenpunkte und öffentlichen Plätze zu schützen. Dänemark und Holland haben ebenfalls ihre Armee aufgeboden. Bei einem grösseren Ereignis – auch einem grösseren Umweltereignis – wären wir nicht bereit. Eine solche Situation möchte ich nicht erleben.

Der Vorstoss entstand aufgrund einer allgemeinen Besorgnis der bürgerlichen Parteispitzen. Wie als furchtbare Bestätigung dieser Besorgnis haben sich im Januar die Terrorangriffe in Paris, Belgien und Kopenhagen ereignet. Niemand hat diese Angriffe vorausgesehen. Dies als Hinweis an jene, die immer schon im Voraus wissen wollen, wer uns wohl wie angreifen wird. Es ist erstaunlich: Seit Jahren bastelt die Schweiz an den Aufgaben, am Auftrag und an der Daseinsberechtigung der Armee herum, dabei liegen die Fakten spätestens seit dem Januar 2015 auf dem Tisch und sind einsehbar. Die Aufgaben unserer Armee unterscheiden sich nämlich nicht von jenen der belgischen, dänischen oder schwedischen Armee. Auch Schweden ist ein neutrales Land. Ich verstehe deshalb nicht, warum der Bundesrat und das Parlament an dieser Frage «herumknorzen», und ich verstehe auch nicht, warum das VBS nicht endlich vorwärtsmacht und die Aufgaben und die Strategie klar festlegt. Es gibt keinen Grund zur Hektik. Doch man muss feststellen, dass es wieder Krieg gibt in Europa. Ganze Gebiete werden einfach annektiert. Es gibt Terroranschläge, und es gibt eine frauenfeindliche Terrororganisation, die ganze Staaten überrennt und Europa zum Ziel hat. Überall steigen die Verteidigungsausgaben, sowohl die staatlichen wie die nicht-staatlichen, an. Das Verhalten der wohlhabenden Schweiz erscheint doch reichlich unsolidarisch. Der Vorstoss von FDP, BDP und SVP will mittels einer Standesinitiative vorerst während 10 Jahren die Armeeausgaben auf mindestens 1,2 Prozent des BIP anheben, also knapp auf ein ähnliches Niveau wie vergleichbare Länder in Europa. Der Vorstoss versteht sich als Weckruf und als Zeichen. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss zu unterstützen.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Sicherheits- und Armeepolitik sind grundsätzlich Bundesaufgaben. Aus dieser Optik hat dieser Vorstoss in einem kantonalen Parlament eigentlich keine Daseinsberechtigung. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass die Befürchtungen, die Motionär Müller soeben aufgezeigt hat, auch für den Kanton Bern relevant sind und ernst genommen werden müssen. Die Armee ist zurzeit nicht in einem guten Zustand. Der Motionär sagt, dass ein Drittel der militärischen Verbände nur auf dem Papier existiert. Ich habe in meiner Kompanie auch keine Wehrmänner mehr, ich bin das einzige Mitglied. Falls der «böse Feind» kommen sollte, könnte ich ihm nur ein Reglement an den Kopf werfen. Die Armee hat Probleme, welche wir lösen müssen. Diese Probleme geben uns auch hier, in einem kantonalen Parlament, zu denken. Aus diesem Grund haben die Motionäre diesen Vorstoss bewusst hier im Grossen Rat des Kantons Bern eingereicht, und nicht im Bundesparlament. Die Armee hat zu wenig Material. Sie alle kennen die Geschichten von Wehrmännern, die in den WK gehen und feststellen, dass einige Fahrzeuge

gar nicht vorhanden sind und dass Material fehlt. Wir haben einen Departementsvorsteher, der vor der Gripen-Abstimmung noch die stärksten Befürworter mit seinen Aussagen verunsicherte, was dazu führte, dass das Volk Nein stimmte. Die Instruktoren, das beste Personal unserer Armee, wechseln scharenweise in die Privatwirtschaft. Nicht weil sie dort mehr verdienen, sondern weil sie dort bessere Perspektiven haben. Wir haben ein Radarsystem, welches beim ersten Kuhglöckchen in der Nacht gleich den «bösen Feind» ankündigt.

Kolleginnen und Kollegen, die Armee ist auf dem Weg, sich selber zu suchen, und sie braucht von der Politik klare Zeichen, damit sie weiss, wo sie hingehen soll. In den letzten Jahren wurde sie zum Spielball der politischen Akteure. Links und Rechts brüsten sich damit, für die Armee nur das Beste zu wollen. Sie vergessen dabei, dass sie mit ihrer gegenseitigen Blockadepolitik den Niedergang der Schweizer Armee unterstützen. Wir haben eine Armee, die aus Sicht der Bevölkerung nur noch die Kernaufgabe hat, die Pisten für das Lauberhornrennen zu präparieren. Diese Armee ist nicht mehr geeignet, die Sicherheitsanforderungen der Schweiz zu erfüllen. Obwohl es um die eidgenössische Politik geht, ist es deshalb durchaus legitim, dass wir als Grosser Rat ein Zeichen an Bundesbern schicken. Wir wollen signalisieren, dass die Armee für das Parlament des Kantons Bern eine sehr wichtige Angelegenheit und für unsere Sicherheit bedeutsam ist. Ich bin mit dem Regierungsrat nicht einverstanden, wenn dieser behauptet, dass uns dieses Thema nichts angeht. Die Armee ist im Kanton Bern ausserordentlich gut verankert und gehört zu den wichtigsten Arbeitgeberinnen. Sie ist – und dies ist eine der wichtigsten Aussagen zur Armee am heutigen Morgen – eine der Teilstützen, wenn nicht DIE Stütze unseres Sicherheitsverbands, der uns im Kanton Bern ermöglicht, in einer friedlichen Atmosphäre zu leben. Aus diesen Gründen ist die BDP der Meinung, dass man diesen Vorstoss überweisen soll. Ob eine dermassen starre Festsetzung der Finanzierung, wie sie der Vorstoss will, wirklich sinnvoll ist, sei dahingestellt. Doch die Überweisung dieses Vorstosses ist auch ein klares Signal, dass wir als Grossrätinnen und Grossräte hinter dieser Armee als Garantin der Sicherheit in unserem Land stehen. Ich bitte Sie deshalb, diesem Vorstoss zuzustimmen.

Hasim Sancar, Bern (Grüne). Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, die Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner zu gewährleisten. Auch für die Grünen steht diese Pflicht im Zentrum staatlichen Handelns. Doch was umfasst der Begriff der «Sicherheit», und wo legen wir die Schwerpunkte? Mit Blick auf die Spardebatten und Sparmassnahmen ist uns klar, dass es vor allem soziale Sicherheit braucht. Die Stabilität der Lebensverhältnisse und die umfassende Integration der gesamten Wohnbevölkerung sind ein guter Massstab für den Wert, den die Politik der sozialen Sicherheit beimisst. Sicherheit bedeutet somit nicht höhere Militärausgaben, sondern Solidarität mit den schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft. In der Begründung erwähnt der Autor des Vorstosses, dass die Schweiz ein sehr wohlhabendes Land sei. Wir stimmen dem zu. Leider sind trotzdem 12 Prozent der Bevölkerung dieses wohlhabenden Landes von Armut betroffen. Im Vorstoss wird verlangt, dass der Kanton Bern mit einer Standesinitiative die Militärausgaben fast verdoppeln und auf 1,2 Prozent des BIP erhöhen soll. Dies sollte erst noch in der Bundesverfassung verankert werden. Das Ganze sollte in einer Zeit geschehen, in welcher der Bund nicht nur mit der so genannten «Weiterentwicklung» der Armee hadert, sondern auch überall dort, wo Solidarität gefragt wäre, glaubt, wegen drohender Defizite die Schraube anziehen zu müssen. Liebe Ratskolleginnen und -Kollegen, welches Verständnis von Sicherheit steht hinter diesem Ansinnen? Ist es ein Beschäftigungsprogramm für den Kanton Bern, oder möchte der Autor des Vorstosses seine Parteikollegen im Bundesparlament überflüssig machen? Die Prüfung der Mittel für die Armee ist eine Bundesaufgabe. Wenn die Militärausgaben zu niedrig sind, soll doch ein Parteikollege von Grossrat Müller einen entsprechenden Vorstoss im Nationalrat einreichen. Die Diskussion läuft auf Bundesebene bereits auf Hochtouren, nur ist das Thema im Wahljahr halt nicht so attraktiv. Das heisst jedoch noch lange nicht, dass wir diese Diskussion im Kanton Bern führen müssen. Im Gegenteil: Wir brauchen ein zukunftsweisendes Verständnis von Sicherheit, welches die soziale Integration in den Vordergrund stellt. Die grüne Fraktion wird dem Regierungsrat folgen und den Vorstoss geschlossen ablehnen.

Pierre-Yves Grivel, Biel/Bienne (FDP). Le motionnaire soulève la question de la sécurité, tâche publique incombant à la Confédération, et des moyens à disposition de l'armée pour accomplir cette tâche. Or, comme beaucoup d'entre nous, il constate que les moyens financiers à disposition fondent comme neige au soleil et, qu'aujourd'hui la Suisse dépense moins d'un pour cent de son PIB pour sa défense nationale, alors que ce PIB est l'un des plus élevés du monde. Oui, on vit bien

dans ce pays et on devient insouciant. Dangereux, l'armée a été radicalement redimensionnée, mais sa capacité d'intervention a été fortement affaiblie alors que ces cinq dernières années, la plupart des pays européens ont augmenté leur budget d'armement. Les chiffres proviennent de l'institut international de recherche de la paix, stationné à Stockholm, et montrent que la Suisse est le seul pays en-dessous de cette limite de un pour cent. La sécurité est l'affaire de tout le monde et de tous les partis, et il est temps de donner plus de moyens à notre armée pour assurer sa capacité d'intervention. Il faut rééquiper notre armée pour les missions du monde d'aujourd'hui et de demain, c'est-à-dire protéger, dissuader, aider, surveiller les objets stratégiques du pays. Pas loin de chez nous, des guerres d'annexion ont lieu, des conflits à connotation religieuse se développent, des affrontements entre partisans et séparatistes ont lieu, des attentats se multiplient. Que faire? Il faut renforcer l'armée, la seule organisation capable de gérer des situations extraordinaires. Dernièrement en France, ce ne sont pas les policiers que l'on rencontre, mais bien plutôt des milliers de soldats engagés pour ce genre de situations extraordinaires. Donnons un signal clair à la Confédération, même si le gouvernement cantonal déclare que ce n'est pas notre affaire, qu'il n'y a pas de lien direct avec cela. C'est un peu facile de se distancer d'une institution indispensable à la stabilité et la sécurité de notre pays, donc aussi de notre canton. Le PLR est un parti qui est pour la sécurité publique garantie par l'armée et la police. Le groupe PLR soutient le motionnaire dans sa grande majorité.

Patrick Gsteiger, Eschert (EVP). Pour le parti évangélique, nous ne sommes pas la bonne chambre pour traiter de ce sujet. Une initiative cantonale est une affaire sérieuse, et le canton qui la dépose devrait être concerné de manière particulière par le sujet. Cela ne nous semble pas être le cas ici. Bien sûr, le parti évangélique juge essentiel le maintien de la sécurité, bien sûr nous voulons disposer d'une armée suisse polyvalente, bien sûr nous voulons aussi tenir compte des nouvelles menaces, mais laissons la Confédération déterminer elle-même les montants qu'elle veut adjuger annuellement au budget militaire. Le parti évangélique rejettera donc unanimement cette motion.

Michael Köppli, Bern (glp). Die Grünliberalen teilen die Auffassung des Regierungsrats, dass Standesinitiativen im Allgemeinen kantonale Angelegenheiten betreffen sollten. Für uns ist dies bei der geforderten Standesinitiative eindeutig nicht der Fall. Es gibt keinen Grund, warum der Kanton Bern von dieser Problematik stärker betroffen sein soll als andere Kantone, ausser dass wir etwas mehr Industriebetriebe haben, welche von Armeeaufträgen profitieren. Doch dies ist für uns sicher kein Grund, die Bundesverfassung zu ändern. Wir von der glp-Fraktion sind keine Nationalräte. Unter den Motionären hat es inzwischen einen Nationalrat, doch die anderen Motionäre sind es nicht. Sie alle haben jedoch Kolleginnen und Kollegen im Nationalrat, die dieses Anliegen problemlos einbringen könnten. Für uns ist klar, dass diese Idee im Nationalrat abgeschmettert würde. Wie wohl fast jede Standesinitiative würde auch diese nur Leerlauf und Papierkrieg produzieren. Wir lehnen diese Standesinitiative deshalb nur schon aus formellen Gründen ab.

Wir sind jedoch auch inhaltlich von diesem Vorstoss absolut nicht überzeugt. Einerseits sind wir sehr überrascht, dass SVP, FDP und BDP auf einmal Quoten befürworten. Wenn man schon eine Quote festlegt, verstehen wir nicht, warum man diese an das BIP koppeln will und nicht an die Staatsausgaben. Es wäre das eine, zu sagen, ein gewisser Anteil der Staatsausgaben solle für die Sicherheit aufgewendet werden. Doch wenn man sagt, ein gewisser Anteil des BIP solle für die Sicherheit aufgewendet werden, hat dies kurzfristig zur Folge, dass man im Jahr nach einer Hochkonjunktur mehr Geld für die Armee ausgeben muss als im Jahr nach einer Rezession. Dies ist schon einmal unsinnig. Langfristig heisst dies, dass dieser Budgetposten stetig wachsen müsste, wenn die Wirtschaft wächst. Ich kann mir vorstellen, dass verschiedene Lobbys im Bundeshaus ein solches System interessant fänden und auf die Bildung, die Landwirtschaft und andere Bereiche ausweiten möchten. Somit bedeutet dies nichts anderes, als eine hohe Staatsquote in die Verfassung zu schreiben. Das heisst, man sichert im Fall eines Wirtschaftswachstums eine möglichst hohe Staatsquote. So etwas ist absolut unliberal. Man würde einen solchen Vorschlag nicht von wirtschaftsliberalen, sondern eher von linken und etatistischen Parteien erwarten. Darum haben wir absolut kein Verständnis für dieses Vorgehen. Wir lehnen die Motion und die geplante Standesinitiative überzeugt ab.

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Ich fahre dort weiter, wo mein Vorredner aufgehört hat. Liebe Motionäre, ich denke, wir müssen die Armee vor Ihnen schützen. Mein Vorredner hat erläutert, was die-

ser Vorstoss in Zeiten einer Hochkonjunktur, also bei steigendem BIP, bedeutet. In diesem Fall würden auch die Ausgaben für die Armee steigen. Doch was würde geschehen, wenn es auch der Wirtschaft nicht mehr gut ginge und die Armee zum Einsatz kommen müsste? In solchen Zeiten wäre das BIP auch nicht mehr so hoch. Was geschähe dann? Wenn wir Ihren Vorschlag in die Verfassung schrieben, müssten wir in einem Kriegsfall auf einmal aufgrund eines Verfassungsartikels, der von SVP, FDP und BDP vorgeschlagen wurde, die Armeeaussgaben senken. In einem Kriegsfall, Kolleginnen und Kollegen! Dies zeigt, dass dieser Vorstoss absurd ist. Er führt nicht dazu, dass die Armee ihren Auftrag gemäss Verfassung erfüllen kann.

Ich erlaube mir, den Motionären kurz zu erläutern, welche Aufgaben die Armee gemäss Bundesverfassung hat: Es sind dies Kriegsverhinderung, Erhaltung des Friedens, Verteidigung, Unterstützung der zivilen Behörden und Friedensförderung. Für diese Aufgaben hat das Parlament auch Geld gesprochen. Auf Bundesebene besteht ein Konflikt zwischen Parlament und Bundesrat. Wer wird nun diese Standesinitiative behandeln? Das ist Aufgabe des Parlaments. Dieses will der Armee 5 Mrd. Franken für die Erfüllung der erwähnten Aufgaben zur Verfügung stellen. Der Bundesrat wollte nur 4,4 Mrd. Franken ausgeben. Wir würden offene Türen einrennen, denn das Parlament will bereits höhere Ausgaben als der Bundesrat. Deshalb müssen wir uns nicht mit einer Standesinitiative auf Bundesebene lächerlich machen. Ich bin nicht grundsätzlich gegen Standesinitiativen, doch dies ist nun wirklich nicht das richtige Thema für dieses Instrument. Zudem hat das VBS noch Kreditreste von über einer Milliarde übrig. Wir müssen der Armee nicht noch mehr Geld geben, welches sie nicht einmal vollständig ausgibt. Jedes Jahr werden die Militärausgaben budgetiert, und das Bundesparlament genehmigt diese jeweils mit komfortablen Mehrheiten. Unsere Ablehnung zielt somit nicht gegen die Armee, sondern gegen die starre und absurde Regelung, die Militärausgaben an das BIP zu koppeln. Wir wollen eine Armee, die im Kanton Bern bleibt und auch in den Dörfern gesehen wird. Deshalb erteilen wir diesem unsinnigen Vorstoss eine Abfuhr und hoffen, dass sich die Mehrheit des Grossen Rats dem anschliesst.

Manfred Bühler, Cortébert (SVP). Nous savons que la Suisse dans laquelle nous vivons est un pays fort heureusement magnifique, qui est en pointe dans de très nombreux domaines, dans le domaine économique, et aussi dans le domaine social, du bien-être de la population. Je crois que nos ancêtres ont mené un immense travail pour nous permettre de vivre aujourd'hui dans un pays aussi extraordinaire. Ce pays, il a pu se développer aussi positivement sur la base de différents facteurs, sur la base de différents piliers: il y a la neutralité, il y a un système de formation de très grande qualité, il y a aussi une très grande liberté, un esprit de liberté qui fondent, finalement, notre système suisse et son génie. La sécurité, c'est aussi un des piliers essentiels de cette prospérité, la sécurité c'est une condition sine qua non pour assurer notre liberté. Sans sécurité, il n'y a pas de liberté, et l'armée, évidemment, est un des piliers fondamentaux de cette sécurité. Notre neutralité, qui est aussi un de ces piliers dont j'ai fait mention, n'est crédible que si la neutralité peut être armée et peut s'exprimer d'une manière crédible face à une éventuelle menace et assurer la défense de notre pays. Nous savons que les événements internationaux se précipitent, vous avez vu ce qui s'est passé en Ukraine, c'est aux portes de l'Europe; il y a à peine une vingtaine d'années, nous avons un conflit très grave en ex-Yougoslavie; nous avons des foyers évidemment de tension au Moyen-Orient et dans d'autres régions du monde.

Je crois que nous ne sommes pas, malheureusement, sur une pente positive en matière de sécurité au niveau international. Je crois que dans ce contexte-là, notre pays doit aussi prendre ses responsabilités face au développement de ces crises au niveau international. Vous savez qu'au niveau fédéral, le développement de l'armée est un projet qui est sur les rails, il existe actuellement des discussions pour savoir quelle sera la taille idéale de l'armée en matière d'hommes, quel sera son budget - cinq milliards ou plus ou moins - ces discussions ont lieu au niveau fédéral. Je suis persuadé, et l'UDC unanimement avec moi, que dans le cadre de ces discussions, il y a besoin de signes absolument forts et clairs en faveur de notre armée. L'armée est pratiquement le seul budget fédéral qui s'est vu amputé de milliards de francs ces dix, vingt dernières années, beaucoup d'autres postes ont vu leurs dépenses augmenter, parfois de manière dramatique. Il est temps d'inverser cette tendance, il est temps de donner un signe politique fort, un signe politique de soutien à notre armée qui en a grandement besoin. Le canton de Berne est une voix qui compte dans la Confédération, nous sommes le deuxième canton du pays en termes de population ou de surface. Si le canton de Berne, le Grand Conseil aujourd'hui donne un signal clair, oui nous voulons augmenter les dépenses en faveur de notre sécurité, je crois que cela sera quelque chose d'éminemment important. Je vous invite à le faire avec l'unanimité du groupe UDC en soutenant cette motion.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Ich kann mich kurz fassen. Im Prinzip ist auch die EDU-Fraktion der Meinung, dass der Grosse Rat nicht das richtige Gremium ist, um über die Armee zu debattieren. Es sollte nicht zur Gewohnheit werden, dass wir hier Nationalrat spielen, obwohl dies schön wäre. Zudem gehen wir mit Kollege Köpfli einig, dass die Motion einen Konstruktionsfehler aufweist: Ein Prozentsatz des BIP kann keinen Hinweis darauf geben, welche Militärausgaben für unser Land richtig sind. Die Militärausgaben sollten sich nach den tatsächlichen Bedürfnissen eines Landes richten. Diese hängen auch mit seiner Geografie zusammen. Trotzdem hat uns das Votum des Kollegen Leuenberger überzeugt. Kleine Fraktionen haben den Vorteil, dass sie rasch umschwenken und ihre Meinung ändern können. Wir finden, dass der Kanton Bern mit dieser Standesinitiative grundsätzlich ein richtiges Signal aussendet. Deshalb werden wir zustimmen.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (SVP). Au lendemain de la chute du mur de Berlin, plusieurs illusions se sont répandues dans le climat d'enthousiasme général qui a présidé à la fin de la guerre froide. Parmi elles, citons la fin des idéologies, une idée assez répandue dans les années 1990. Dans un sens voisin, Francis Fukuyama nous annonçait sa fameuse fin de l'histoire par une extension de la démocratie libérale à toute la planète. Il y a quelques années encore, il était assez fréquent de bondir comme un cabri à la perspective d'un soi-disant printemps arabe, auquel je n'ai d'ailleurs personnellement jamais cru, parce que les conditions culturelles, voire religieuses, de l'émergence de la démocratie dans les pays arabo-musulmans ne sont pas réunies. Aujourd'hui, force est de constater que les prévisions excessivement optimistes, voire naïves, de Fukuyama et de ses disciples ne sont pas vérifiées. Au lieu d'une extension de la démocratie libérale, nous avons vu émerger au Proche-Orient et au nord de l'Afrique un des pires et un des plus violents systèmes politiques qui soient, sous la forme de l'Etat islamique. Sur le continent européen lui-même, il apparaît que tout risque de guerre n'est pas écarté. On peut penser ce que l'on veut du conflit ukrainien, mais toujours est-il que ce pays est totalement impuissant à l'égard de la volonté russe de l'empêcher d'entrer dans l'OTAN ou de s'appropriier ses territoires Sud-Est, et cela en raison de la grande faiblesse de son armée. Et n'oublions pas que dans les années 1990 déjà, le démantèlement de l'ex-Yougoslavie a causé la mort de près de 200 000 personnes, cela à moins de 1000 kilomètres de nos frontières. Parallèlement à cela, l'Etat a connu une mutation profonde de son domaine d'intervention. Jusqu'au début du vingtième siècle, ce dernier se concentrait sur ses fonctions ontologiques, à savoir, la sécurité intérieure et la défense contre d'éventuelles attaques de l'extérieur. Aujourd'hui, il tend à négliger ses fonctions fondamentales pour d'autres tâches. La convergence de ces deux évolutions a pu faire perdre de vue l'importance des investissements dans le domaine militaire. Ces derniers demeurent très importants, surtout dans un pays neutre, dont l'armée a une vocation défensive. Or, aujourd'hui, ces chiffres nous ont été rappelés, la Suisse ne consacre que 0,7 pour cent de son PIB à la défense nationale, un pourcentage clairement inférieur à la plupart des autres pays européens. Le réalisme et le légitime souci de la défense de l'avenir de notre démocratie libérale imposent de corriger cette situation. Raison pour laquelle je vous invite vivement à soutenir cette motion.

Michael Seiler, Trubschachen (Grüne). Die Sicherheit ernst nehmen? Ja! Wie können wir die Sicherheit am wirkungsvollsten erhöhen? Wir können dies tun, indem wir erstens die Atomkraftwerke abschalten. Zweitens können wir ein generelles Waffenausfuhrverbot festlegen. Drittens können wir auf Gelder von Despoten aus Unrechtsstaaten und Entwicklungsländern verzichten. Viertens: Wir können von unserem Reichtum in die Bildung in den Entwicklungsländern und in die Flüchtlingshilfe investieren. Ich lehne den Antrag somit ab.

Antonio Bauen, Münsingen (Grüne). Eigentlich wollte ich mich nicht zu diesem Thema äussern, doch die Situation ist grotesk. Kollega Müller, willst du wirklich die Bedrohungslage und die Ausgaben für die Armee vom BIP abhängig machen? Ist dieses ein Indikator, um für diese Institution Gelder zu sprechen? Das ist doch grotesk! Mit einer Ausgabenverpflichtung zwingen wir den Bund, eine bestimmte Menge Geld auszugeben. Das ist doch alles andere als liberales Denken! Wir müssen diesen Entscheid den Fachleuten überlassen. Wir sind nicht das richtige Gremium, um über dieses Thema zu diskutieren, und es ist nicht unsere Aufgabe, dem Bundesparlament Vorschriften zu machen. Ich denke, die Bundesparlamentarier sind sehr gut in der Lage, die Situation abzuschätzen, und sie haben jederzeit die Möglichkeit, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Es ist ganz sicher nicht an uns, dies zu tun. Grotesk, grotesk, grotesk! Man kann das Ganze nur ableh-

nen.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Es geht den Motionären darum, ein Zeichen zu setzen. Sie wissen alle ganz genau, dass Standesinitiativen immer etwas schwierig sind. Der Bezug zum Kanton Bern steht fast nie eindeutig fest. Es geht hier um eine Problematik, die auf Bundesebene gelöst werden muss. Mit Interesse habe ich auch die belehrenden Ausführungen über das BIP gehört. In der Begründung der Standesinitiative wird die Statistik des SIPRI erwähnt, welche sich auf das BIP stützt. Ich gehe davon aus, dass die Motionäre ihren Ansatz aus diesem Grund gewählt haben. Sie haben die Antwort der Regierung gelesen. Sie haben auch gelesen, was die Regierung am Schluss empfiehlt. Dieser Empfehlung habe ich nichts hinzuzufügen.

Philippe Müller, Bern (FDP). Ich habe von Anfang an gesagt, dass das Armeebudget ein nationales Thema ist. Ich verzichte jetzt darauf, alle Standesinitiativen aufzuzählen, die von den Grünen, von der glp und von anderen Parteien eingereicht wurden oder zurzeit hängig sind. Eine der letzten wurde übrigens im Januar von Adrian Wüthrich eingereicht. Es fällt auf, dass in gewissen Fällen Reden und Handeln auseinander gehen. Das BIP ist nun einmal der international anerkannte Vergleichsmaßstab. Das ist weltweit so. Das BIP zeigt die Leistungsfähigkeit eines Landes. Es wird verglichen, was im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit in einen Bereich investiert wird. Bei den Steuern wird dies übrigens auch so gemacht. Dass Vertreter von Parteien, deren Parteiprogramme die Abschaffung der Armee fordern, den Vorstoss nicht unterstützen können, war ja schon fast voraussahbar.

Noch eine Bemerkung zum Votum von Grossrat Köpfli: Seit zehn Jahren spricht man von mindestens 1,2 Prozent des BIP als Richtwert, damit die Armee entsprechend alimentiert werden kann, so wie dies auch andere Länder tun. Es geht darum, dass die einzige Sicherheitsreserve unseres bündnisfreien Landes die Möglichkeit haben soll, in plötzlich auftretenden Notsituationen die geforderte Hilfe zu leisten. Wir haben keine schlechten Leute in der Armee. Dank des Milizsystems haben wir die besten Leute aus der Mitte der Bevölkerung. Dies ist vielleicht ein Unterschied zu anderen Ländern. Doch die Armee kann nicht zaubern: Wenn sie nicht genügend Mittel erhält, kann sie ihre Aufgaben nicht erfüllen. Es ist nichts als fair, wenn wir die Armee ausreichend alimentieren, wie dies vergleichbare Länder wie etwa Dänemark, Schweden oder Holland tun.

Präsidentin. Nous passons donc au vote. Nous votons sur cette initiative cantonale, La sécurité est une tâche publique qui doit être prise au sérieux. Ceux qui acceptent cette initiative votent oui, ceux qui refusent votent non.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 73

Nein 72

Enthalten 1

Präsidentin. *(Unruhe, als das Abstimmungsergebnis auf der Anzeigetafel erscheint.)* Vous avez accepté cette initiative. On peut dire que la présidente du Grand Conseil a eu du bol.